

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

86 (14.4.1914)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: Preis: 75 Pf. monatlich, 2,25 M. vierteljährlich, 8 M. halbjährlich, 15 M. jährlich, am Postkassett 2,10 M. durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Volksredaktion Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

### Rußland rüstet zum Zollkrieg.

Mit der gewaltigen Mehrheit von 155 gegen 45 Stimmen hat die russische Duma am letzten Donnerstag die Ermächtigung einer Vorlage angenommen, die ein Zölleinheitsgesetz (= 16,88 Kilogramm) Getreide, Erbsen und Bohnen mit einem Einfuhrzoll von 30 Kopeken (zirka 64 Pfg.) belegt. Nach dem Rat der Regierung, der in der Debatte das Wort nahm, diese Maßregel nicht ausdrücklich als eine Schutzmaßregel gegen die deutsche Einfuhr in den russischen Westprovinzen bezeichnet hätte, könnte über ihren Zweck kein Zweifel bestehen. Seit Monaten wird in handelspolitischen Kreisen Rußlands ein heftiger Kampf gegen das System der deutschen Einfuhrerleichterung geführt, die es den deutschen Exporteuren gestattet, zum Schaden der russischen Wirtschaft und der Verbraucher Getreide zu Schleuderpreisen nach Rußland auszuführen. Darüber hinaus betrachtet man drüben die Rüstung zum Zollkrieg als Vorbereitung der Weandee für den Handelsvertrag von 1904.

Nach dem Zustandekommen des Wuchertarifs von 1902 begreiften dessen Gegner, daß es auf dieser Grundlage überhaupt noch möglich sein werde, Handelsverträge abzuschließen. Die Entwicklung der Dinge gab den Zweiflern jedoch Unrecht. Aber wenn es der deutschen Regierung damals gelang, den ausschlaggebenden Handelsvertrag mit Rußland zustande zu bringen, so kamen ihr dabei — wenigstens nach dem Zeugnis des ehemaligen russischen Handelsministers Timirjasew — außerordentliche Umstände dabei zu Hilfe. Infolge des japanischen Krieges war Rußland in eine Notlage geraten, und weil es erschöpft war, konnte ihm die deutsche Regierung nach den Worten des zitierten Gewährsmanns „ihren Willen aufzwingen“. Jetzt fühlt sich Rußland stark genug, den damals vertragenen Kampf aufzunehmen und mit zehnjähriger Verspätung wird die Frage abermals kritisch, ob auf Grund dieses Tarifs überhaupt noch Handelsverträge geschlossen werden können.

Die russische Regierung wünscht die Verrückung der Zölle nach Deutschland, die Erleichterung des russischen Agrarverkehrs nach Deutschland, sie wäre auf Grund solcher Zugeständnisse zweifellos bereit, der deutschen Industrie erleichterte Absatzmöglichkeiten in Rußland zu gewähren. Auf der andern Seite scheint sie immer mehr entschlossen zu sein, die Nichtbewilligung ihrer Forderungen mit den härtesten Gegenmaßnahmen zu beantworten. Dazu gehört zunächst die Einführung hoher Getreidezölle, die Erhöhung der Industriezölle, die systematische Bekämpfung deutschen Einflusses in der russischen Wirtschaft wird voraussichtlich folgen. Als letzte und schwerste Waffe bleibt ihr noch die Sperrung der Grenze für die russischen Wanderarbeiter und damit die Entlösung der ostelbischen Landwirtschaft von den notwendigen Arbeitskräften.

Es liegt im Wesen des Zollkriegs, daß man sich selber schadet, um andern noch mehr zu schaden. So bedeutet die Erhebung des russischen Einfuhrzolls eine Verteuerung des Getreides in den russischen Westprovinzen, eine Schädigung des Millereigewerbes, das sich unter dem System der Einfuhrzölle an der Westgrenze sprunghaft entwickelt hat. Das Wanderverbot würde Hunderttausende russische Wanderarbeiter der gewohnten Arbeitsgelegenheit berauben. Aber das alles sind Interessen, auf die man in Rußland sehr wenig Rücksicht zu nehmen gewohnt ist und so kann nicht bezweifelt werden, daß die Stellung Rußlands in den bevorstehenden handelspolitischen Kämpfen außerordentlich stark ist.

Auf der andern Seite werden durch das russische Vorgehen in Deutschland gerade die einflussreichsten Kreise getroffen: der ostelbische Grundbesitz, das deutsche Kapital und die deutsche Industrie stehen vor der Gefahr außerordentlich schwerer Schädigungen. Ohne russische Arbeiter kann der Großgrundbesitz sein Getreide nicht einbringen, ohne russische Einfuhrfreiheit kann er es nicht vorteilhaft verkaufen. Die deutsche Industrie muß damit rechnen, einen bedeutenden Teil ihres Absatzes nach Rußland zu verlieren.

Unsere Agrarier sind natürlich mit ihren Standesgenossen jenseits der Grenze darin einig, daß der Kampf auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen werden muß. Sie kämpfen nach weiteren Erhöhungen der Zölle und nach dem lädenlosen Zolltarif. Ueber die Wirkung solcher Maßnahmen auf die verbrauchenden Massen, braucht kaum noch etwas gesagt zu werden, denn daß sich diese einer weiteren Verteuerung ihrer Lebenshaltung mit dem Mut der Verzweiflung widersetzen werden, ist selbstverständlich. Wichtig wird sein, die Frage zu unteruchen, was denn auf dem Gebiet der handelspolitischen „Rüstungen“ überhand genommen werden kann, und ob es möglich sein wird, Rußland damit zu imponieren.

Deutschland braucht die russische Einfuhr an Lebensmitteln. Wird diese Einfuhr durch Zölle noch weiter verteuert, so wird das deutsche Volk diese Lebensmittel noch teurer bezahlen, aber daß die Einfuhr infolge dessen wesentlich herabgehen wird, ist unwahrscheinlich. Ganz abgesehen davon, daß Rußland mit seinem Agrarprodukt nicht auf Deutschland allein angewiesen ist, und für Ausfälle des Exports nach Deutschland anderwärts Ersatz finden kann.

Die „schwere Rüstung“ des Zolltarifs von 1902 sollte Deutschland handelspolitisch stark machen. Sie hat es aber in Wirklichkeit handelspolitisch sehr schwach gemacht. Auch die zollpolitische Vereinigung agrarischer und industrieller Interessen ist nur eine zeitweilige Scheinbare. Die interessanteste Frage der nächsten Zeit ist, wie sich die deutsche Industrie zur neuen handelspolitischen Lage stellen wird. Wird sie sich zum Prügelknaben für die ostelbischen Großgrundbesitzer hergeben? Wird sie ihre Ausfuhrmöglichkeiten schädigen, um den Ostelbieren die Ausfuhrprämien zu retten? Zwischen den Verbündeten von 1879 und 1902 tut sich eine breite Kluft auf.

### Die schwedischen Wahlergebnisse.

Malmö, 8. April 1914.

Nur im langsamsten Schneidentempo, geht die Feststellung der Wahlergebnisse in diesem Lande vor sich. Fast könnte es scheinen, als ob man vor der Aufzählung der Stimmzettel bange ist. Bisher sind erst 33 der 230 Mandate festgesetzt. Davon haben die Konservativen 14, die Liberalen 6 und unsere Genossen 13 Mandate erhalten. Gewinne haben nur die Konservativen und zwar vier Mandate, während wir eins und die Liberalen drei verloren haben. Der letzte liberale Verlust ist allerdings mehr fiktiver Natur, denn der Inhaber dieses Mandates gehörte schon vorher dem Reichstage an. Es ist das ein Magistratsmitglied in Norföping, der früher unter liberaler Flagge segelte, jetzt aber unter der Rüstungsflagge offen ins reaktionäre Lager übergetreten ist. Seine Wahl in Norföping ist von seiner politischen Parteistellung nicht abhängig, da sie lediglich seiner persönlichen Beliebtheit zu verdanken ist. Als Kommunalpolitiker soll er eben so tüchtig sein, wie als Kammermitglied unzuverlässig. Und in diesem Lande wird danach nicht so sehr gefragt, vielmehr sind hier persönliche Einflüsse und Freundschaften von ausschlaggebender Bedeutung.

Das glänzende Wahlergebnis in Gotenburg, wo die Liberalen ihre zwei Mandate hielten, und wir den Konservativen ein Mandat abnahmen, wird vielfach als Vorbedeutung für die Ergebnisse in den Industriegebieten angesehen. Gotenburg ist eine alte konservative Hochburg, in die bei der Wahl 1911 unter dem demokratischen Wahlrecht Breiche gelegt wurde. In dem einen Mandat, das wir vorher dort von sieben hatten, eroberten wir ein zweites. Aber diesmal wollten die Konservativen nicht nur dieses zurückgewinnen, sondern auch den Liberalen eines ihr zwei Mandate abnehmen. Der Wille war gut und an Anstrengungen haben sie es wahrlich nicht fehlen lassen. Aber die Wähler folgten der konservativen Partei nicht. Nach dem Ausfall der Gotenburger Wahl ist auch die Stimmung in der konservativen Presse etwas gedämpft. Sie versuchen zwar, den Ausgang in Norföping für sich zu deuten, aber, wie oben zu ersehen, kann von einem konservativen Parteieieg in Norföping nicht die Rede sein, sondern gegiebt hat da nur der Rüstungsfanatismus über die Person des liberalen Kandidaten, der in dieser Frage von seiner Partei öffentlich abgerichtet ist.

Das Ergebnis der Wahl in Malmö, der südwestlichen Metropole, bestätigt unsere Darlegungen über die Verhältnisse in dieser Provinz. In Malmö sind Veränderungen nicht eingetreten, wie bisher sind zwei Sozialdemokraten und ein konservativer Abgeordneter gewählt worden. Die südwestlichen politischen Verhältnisse sind bereits so abgeklärt, daß unter dem Proporz Verschiebungen nicht zu erwarten sind. Ein Blick auf die Stimmensahlen zeigt das auch. Die Sozialdemokraten steigerten ihre Stimmenzahl um 569 auf 4862, die Konservativen ihre um 693 auf 3274. Die Liberalen gingen zum ersten Mal unter dem neuen Wahlrecht mit eigener Kandidatur vor und erhielten 569 Stimmen. Zählt man diese zu denen der Sozialdemokratie, so hat die Linke rund 1200 gegen rund 700 der Konservativen gewonnen. Die Teilnahme an der Wahl betrug 72,3% der eingeschriebenen Wähler gegen 66,8% 1911.

Aus den Stockholmer Landkreisen liegen erst die Gesamtstimmensahlen für den Südkreis vor. Von 17 952 Wahlberechtigten haben hier 11 969 gestimmt, d. i. 66,7% gegen 41% im Jahre 1911. Die Mandatsverteilung ist noch nicht festgestellt.

Schon die bisherigen Ergebnisse bestätigen die Auffassung, daß große Verschiebungen nicht zu erwarten sind. Die Tendenz ist aber erkennbar, daß die Liberalen geschwächt wiederkehren und daß von dieser Schwächung unsere Partei ungefähr im gleichen Maße profitiert wie die Konservativen. Diese haben in Stockholm und Norföping einen Vorprung erreicht, der aber sicher von uns im mittel-schwedischen Industriegebiet eingeholt wird. — In der Regierung hat sich insofern eine Aenderung ergeben, als der Kronprinz die Regentenschaft für seinen erkrankten Vater übernommen hat. Obgleich die Regentenschaft des Kronprinzen in der Dynastiepolitik doch nichts wird ändern können, ist es vielleicht für die Abwicklung der Krise nach der Wahl nicht ohne Bedeutung. Denn es ist bekannt, daß

der Kronprinz liberalen Einflüssen zum mindesten zugänglich ist. Er liebt allerdings nicht den Herrn Staaff, aber falls es zum Ministerwechsel kommen sollte und die Liberalen Staaff nicht untreu werden dürften, dürfte der Kronprinz einem neuen Ministerium Staaff kaum Widerstand entgegenzusetzen. Sonst ist das Verbleiben des Ministeriums Hammarströms bis nach den Septemberwahlen sicher, was überdies auch den Neigungen dieses Ministeriums entspricht.

### Deutsche Politik.

#### Erziehungsbeihilfen für die Reichsbeamten.

Nach einer Korrespondenzmeldung hat die Reichsregierung Ermittlungen über den Familienbestand der Reichsbeamten angeordnet. Es handelt sich hierbei angeblich um die Gewinnung von Unterlagen für die Prüfung der Frage der Gewährung von Erziehungsbeihilfen für die Beamten. Die Zulagen sollen bei höheren Beamten jährlich 200 M. für ein Kind betragen. 400 M. sollen für zwei Kinder in Betracht kommen und 600 M. für drei und mehr Kinder. Die entsprechenden Sätze für mittlere Beamte würden 150, 300 und 450 M., für Ueaterbeamte 100, 200 und 300 M. betragen.

Wir vermiffen hierbei die Arbeiter und nichtbeamteten Angestellten in Reichsbetrieben. Oder hat sich bei diesen der Geburtenrückgang noch nicht fühlbar gemacht? Das Vorgehen der Reichsregierung dürfte doch zweifellos auf den Geburtenrückgang zurückzuführen sein.

Schwere Beschuldigungen gegen die Zentrumsparlei erheben die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Es handelt sich um die Affäre der Duala-Neger in Kamerun. Das Scharfmacherblatt vertritt hier bekanntlich in übereifriger Weise die Interessen der Kolonialverwaltung und verüßte schon kürzlich, die Uebergriffe der Behörden von Duala mit allerhand faulen Ausreden zu entschuldigen. Bei den nachfolgenden Angriffen auf die Zentrumsparlei darf man diese Tendenz der Kolonialnotizen der „Berliner Neuesten Nachrichten“ nicht aus dem Auge lassen. Es wird von dem Blatt jetzt behauptet, daß der ganze Duala-Standal nur deshalb angestochen worden sei, weil das Zentrum irgend einen Schlingel in den Kolonien damit dienen wolle. Das Blatt verweist auf den Fall Wistuba und sagt dann:

„Trotzdem wir vorläufig seinen Namen nennen, möchten wir betonen, daß es etwas (wie der Fall Wistuba) in der Luft liegt und uns von vornherein gegen den Verdacht leerer Vermutungen wehren. Die zuständigen Instanzen und die Herren, die es sonst angeht, werden ja wohl ohnehin genau wissen, was wir im Auge haben.“

Es wäre an der Zeit, daß einmal alle Reichsämter sich zusammensetzten, und der staunenden Öffentlichkeit in einer ausführlichen Denkschrift darlegten, wie oft ihnen zugemutet worden ist, sachliche Zustimmung von gewissen Zentrums-seiten zu erlangen durch persönliche Gefälligkeiten, die unter den Begriff des Nepotismus fallen. Diesen Begriff des Nepotismus wird man ja wohl Zentrumsmännern nicht erst näher zu erklären brauchen. . . . Wer spißt das Messer für den so notwendigen neuen Stich in die alte, stärker denn je schwärende Eiterbeule?“

Dieser Angriff erfolgte in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ in der Mittwochabendausgabe. Die „Germania“ vom Donnerstagmorgen antwortet noch nicht darauf. Aber das Zentrum wird genötigt sein, zu den schwereren Vorwürfen Stellung zu nehmen. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nur versuchten, unter Anschuldigungen anderer das schwere Verschulden der Kolonialverwaltung in Duala zu verschleiern.

#### Schießende Hingegardisten.

In Braunschweig streifen seit dem 1. April etwas über 100 Rutscher, Güterbegleiter und andere Arbeiter der Expeditionsfirma Louis Friede. Die Firma hat von Essen a. Ruhr mehrere Transporte Hingegardisten erhalten, die alle mit Revolvern und dicken Knüppeln ausgerüstet sind. Am letzten Sonntag übte sich die Garde auf dem Friede-schen Platz lebhaft im Revolver-schießen, ohne daß die Polizei dagegen einschritt. Aus den angrenzenden Wohnungen liefen lebhaft Klagen über die gefährliche Schießerei ein. Doch die Streifbrecher suchten ihre Revolver auch praktisch in Anwendung zu bringen. Schon am Montag schoß ein Streifbrecher auf belebter Straße auf andere Wagenführer, als er von diesen nur angeredet wurde. Er flüchtete darauf und wurde auf Veranlassung der Streif-leitung festgenommen. Schon nach zwei Stunden konnte man den Mann jedoch wieder auf der Straße sehen. Als ein Mann — kein Streifbrecher — an einem Fuhrwerk vorbeiging, das von einem Streifbrecher geführt wurde, sprang dieser plötzlich vom Wagen und schoß ohne weiteres auf den Mann, angeblich, weil er nach dem Pferd geworfen haben soll. Auf den Schuß stürzten sofort etwa zwanzig mit Revolvern bewaffnete Streifbrecher aus dem Friede-schen Grundstück hervor und gaben an die vierzig scharfe Revolver-schüsse auf die Straßenpassanten ab. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Garde scheint auch der Meinung zu sein: Wir Streifbrecher können einen tot-schlagen, uns passiert doch nichts.



Ein Musterbeispiel christlich-gewerkschaftlicher Erziehung. In März streikten in Saarbrücken die freigeorganisierten Schneid- bergarbeiter. Der christliche Schneiderverband proklamierte den Streikbrechung und betrieb auf Kosten der Organisation die Streit- brechermittlung. Aus allen Gegenden Deutschlands wurden die christlichen Gesellen herbeigeholt, so daß gegen Ende März 80-100 Streikbrecher beschäftigt waren. Qualitätsarbeiter ton- nen es nicht gewesen sein, denn trotz der großen Anzahl Aus- weisungen sahen sich die Schneidemeister am 31. März gezwungen, mit den Streikenden über die Beendigung des Streiks zu ver- handeln. Welch eine Sorte von Menschen die Streikbrecher waren, davon zeugen die folgenden Beispiele.

In der zweiten Märzwoche kamen eines Abends acht „christ- liche“ Streikbrecher von Essen zugereist. Sie wurden auf dem Bahnhöf von zwei „christlichen“ Sekretären empfangen und darüber instruiert, daß am Bahnhofsausgang 6-8 streikende Schneid- er auf Posten ständen. Als die acht zugereisten „christ- lichen“ Streikbrecher zum Bahnhof hinaus kamen, stellten sie sich den Streikposten mit den Worten vor: „Wir sind zugereiste Schneid- er“, und auf die Frage: „Kollegen, wißt Ihr denn nicht, daß die Schneid- er hier streiken?“ antworteten die Streikbrecher unter dem sicheren Schutz der Polizei: „Ja, das wissen wir, eben deshalb sind wir hierhergekommen.“ Sie spuckten vor den Streikposten aus und gingen zum „christlichen“ Gewerkschafts- haus!

Die „christlichen“ Streikbrecher vermochten den Streik nicht zu brechen, er wurde am 31. März beendet. Bewilligt wurde ein höherer Tariflohn, als die streikbrechende Gewerkschaft ihn während der Bewegung abgefordert hatte, aber die Meister wollten die Bedingung, die Zustimmung der „Christen“ zu dem erhöhten Tarif einzubohlen. Die „christlichen“ Streikbrecher er- klärten, sie lehnen die erhöhten Tarifforderungen ab, weil sie jeden Pfennig Lohnaufbesserung verschmähen, die Sozialdemokraten erkaufen haben. Sie arbeiten lieber billiger, als daß sie sich lösen ließen, der freie Schneiderverband habe ihnen diese gün- stigen Tarifforderungen erkaufen!

So sehen die Früchte, besser gesagt, die Opfer christlich- gewerkschaftlicher Erziehung aus! Jedes Wort der Kritik würde nur die Wirkung abschwächen, die ein solches Tun und Treiben der christlichen Streikbrecher bei allen anständigen Menschen hervorgerufen muß.

Streikbrecher und Lohnrücker vermitteln die christlichen Gewerkschaften zurzeit im Steinbergwerk in Rheinland- Westfalen, sowie nach mehreren Revieren, wo die freigeorgani- sierten Steinbrucharbeiter im Streik stehen oder standen. Fern- er schleppen die Gewerkschaftskassen Streikbrecher nach der Ruhr, wo sie die Bewegung der Ringer um höhere Löhne zu- schanden machen sollen; und ein gleich frivoles Spiel treiben sie anlässlich des Kampfes der Gasarbeiter in der Oberpfalz und im Ruhrischen Wald. Es ist geradezu ein Skandal, was sich eheftlich schäufende Arbeiter von den christlich organisierten Streikbrecher- bänden gefallen lassen müssen. Doch die Abrechnung wird nicht ausbleiben!

Die preussische Regierung gegen die Gewerkschaften. Die Verlegung des Berliner Polizeipräsidenten, wonach unsere ge- werkschaftlichen Zentralverbände für politische Vereine erklärt werden, ist nicht, wie vielleicht zuerst anzunehmen war, eine der bekann- ten impudischen Polizeitalen des Herrn v. Jagow, sondern es ist die Einleitung einer großen Aktion gegen die Gewerkschaft- en, die von der preussischen Regierung vorbereitet wird. Herr v. Jagow ist anseinerseits nur der Eiferer für die Ausführung der Weisung einer höheren Staatsbehörde. Wegen Anteil hat er sich an dieser neuesten reaktionären Tat, denn aus seinem Quodlibet an das Oberverwaltungsgericht war schon bekannt, daß er beim Minister wegen dieser Sache Vortrag gehalten hat. Bei Herrn v. Dallwitz wird er gewiß ein verhängnisvolles Ohr ge- lungen haben, so daß jetzt vom preussischen Ministerium aus die- ser reaktionäre Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentralver- bände geführt wird. Die „Offsee-Zeitung“ will nämlich aus zu- verlässiger Quelle erfahren haben, daß die preussische Regierung die Unterstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter das Reichsverwaltungsgericht beschlossen habe. Die erste Folge dieses Beschlusses ist das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten ge- gen die Zentralverbände der Gewerkschaften in Berlin. Gleiche beherrschende Maßnahmen durch die übrigen Polizeiverwaltungen Preußens fänden unmittelbar bevor.

Eine ganz gleiche Meldung wie die „Offsee-Zeitung“ bringt die „Braunschweigerische Landeszeitung“. Sie weiß zu melden, daß auch die übrigen Polizeiverwaltungen Preußens in aller näch- ster Zeit dem Vorbilde des Berliner Polizeipräsidenten folgen und die gewerkschaftlichen Zentralverbände für politische Ver- eine erklären werden.

Schon wissen die Scharfmachblätter jubelnd zu be- klagen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften zungun- stige ein Pfund ihrer Mitglieder verlieren, durch den Ausschluß der Jugendlichen, unter 18 Jahre alten Personen, die politischen Vereinen eben nicht angehören dürfen. Diese Berechnung charak- terisiert sich nicht allein als bodenlose Dummheit, denn daß 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder nicht Jugendliche sind — nicht sein können —, muß jeder auch mit nur sehr mittel- mäßigem Begriffsvermögen ausgestattete Mensch sofort erken- nen. Rein, in dieser Angabe liegt die alte Perfidie verhehelt, daß die Gewerkschaften zu einem großen Teile aus „Jungen“ be- stehen. Lassen wir den Herrschaften ihre Freude an dieser fälschlichen Berechnung. Nicht für eine einzige Gewerkschaft — und hätte sie noch so viel mit jugendlichen Personen zu rechnen — kommt dieser Prozent auch nur annähernd in Betracht; viele Gewerkschaften haben überhaupt keine jugendlichen Mitglieder. Daß Preußen seinem alten Welt Ruf getreu sich auch hier wieder als Hort der Reaktion zeigt, gehört zur Tradition preußi- scher Gesetzgebung und Verwaltung. Landesgesetz galt dort übrigens noch immer über Reichsgesetz. Um so mehr sind Ver- waltungen, wie sie Regierungsvertreter im Reichstage geben, für preussische Behörden Lust, wobei freilich zweifelhaft werden muß, daß auch an jener Stelle etwa der ernste Wille vorhan- den wäre, den Versprechungen gemäß darauf zu achten, daß das

„liberale“ Vereinsgesetz ohne Schikane in Anwendung gebracht werden soll. Darüber wird sich wohl noch sehr angelegentlich der Reichstag zu unterhalten haben.

Die „Frankfurter Zeitung“ zu dem Vorstoß des Herrn v. Jagow gegen die Gewerkschaften. Die „Frankfurter Zeitung“ bezeichnet in einem längeren Leitartikel die Verfügung des Herrn v. Jagow gegen die Gewerkschaften als ein symptomatisches Beispiel für den lähmenden Einfluß, den die Ermattung des sozialpolitischen Interesses auf Gesetzgebung und Verwaltung übt. Vor zehn Jahren hätte nach der „Frankfurter Zeitung“ der Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten einen allgemeinen Entrüstungsturm ausgelöst. Sie weist darauf hin, daß das Ver- langen, das vorläufig nur an die Zentralverbände gerichtet ist, gar bald auf die Ortsvereine der Gewerkschaften ausgedehnt werden könne und daß in kleinen Orten die Einreichung der Liste der Vorstandsmitglieder nicht so ganz bedeutungslos und harmlos ist, wie in Berlin. Die schlimmste Wirkung der Er- klärung zu politischen Vereinen für die Gewerkschaften sieht aber das Frankfurter Blatt mit Recht in der Rückwirkung auf die Beteiligung der Jugendlichen an den Gewerkschaften. Die Ar- beiterchaft wäre, wenn die Jugendlichen den Gewerkschaften nicht mehr angehören dürften, von Gesetzes wegen gespalten.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, daß die Gewerkschaften nicht den Zweck haben, auf politische Angelegenheiten einzuwir- ken, sondern daß sie nur wirtschaftliche Zwecke verfolgen, wobei sie allerdings zur Beschäftigung mit gesetzgeberischen und sonsti- gen politischen Fragen gelangen und auch in Fühlung mit poli- tischen Parteien geraten. Das sind aber nach der „Frankfurter Zeitung“ nur Mittel zur gewerkschaftlichen Betätigung, nicht aber Zwecke der Gewerkschaften. Zum Schluß meint das Blatt, daß die Bedeutung des Vorstoßes nicht durch die Beschränkung auf die freien Gewerkschaften an Bedeutung verliert. Denn einmal würden, wenn die Auffassung der Berliner Polizei durch- dränge, auch die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen keinen Tag vor ähnlichen Verfolgungsmahnmahnen sicher sein; auße- rdem aber ist es für die prinzipielle Beurteilung der Sache gleich- gültig, ob der Streik der Verfolgten etwas enger oder weiter ge- zogen wird. Schon in seinem jetzigen Rahmen ist der Erlaß ein neues besänftigendes Dokument der Reaktion in der preussischen Verwaltung zurzeit der Herren Jagow und Dallwitz.

### Aus der Partei.

Ein neues Heim hat sich die Braunschweiger Arbei- terschaft geschaffen. Ein Verwaltungsgebäude für die Arbeiterbe- wegung und zugleich Druckereigebäude für das Braunschweiger Parteiblatt. Das baute Grundstück ist 1387 Quadratmeter groß und befindet sich in unmittelbarer Nähe des Reichenz- schloßes, an der Schloßstraße. Für den Grundwerb wurden 81 000 M. verausgabt und der ganze Bau kostet etwa 470 000 M. Das „Rote Schloß“, wie der prächtige, von roten Waf- feinen errichtete Bau schon allgemein im Volksmunde genannt wird, enthält in seinem Erdgeschoß eine modernen eingerichte- te Buchhandlung und daneben die Expedition des „Volksfreund“, weiter zwei vermietete Läden, von denen der Arbeiter-Konsum- verein einen übernommen hat, und die Bureau des Fabrik- arbeiterverbandes. In den oberen beiden Stockwerken befinden sich das Arbeitersekretariat, die übrigen Bureau der Gewerks- schaften und der Partei, sowie einige Wohnungen. Die Druckerei, Secherei und Redaktion sind in einem Seitensügel untergebracht. In dem Gebäude ist auch ein Jugendheim einge- richtet, das von den Organisationen prächtig ausgestattet wird. Das Stammkapital zum Bau des eigenen Heims bildet der Re- servefond des „Volksfreund“ in Höhe von 70 000 M. Durch Ausgabe von Gausantelscheinen im Betrage von 20-500 M. sind 58 000 M. ein. Die Parteiorganisation des ersten Reich- tages, das Gewerkschaftsstatut, die größeren Gewerkschaften und einige andere Vereine gaben 77 000 M. leihweise her. Der übrige Teil der nötigen Mittel wurde durch Hypotheken beschafft. Aus Anlaß der Betriebsaufnahme des neuen Heims gibt der „Volksfreund“ seiner Nummer eine illustrierte Festschrift. Bei mit der Gesamtansicht des Gebäudes, Innenansichten und der photographischen Bilder der ersten Nummer des „Volks- freund“ vom Jahre 1871. Der Inhalt der Beilage behandelt die geschichtliche Entwicklung des Blattes und der Braunschwei- ger Partei- und Gewerkschaftsbewegung.

Der eiserne Moloch vor dem Staatsanwalt. Da in Ber- lin die Unstillschämter Triumphe über Reproduktionen künstlerischer Bildwerke und selbst über wädhierne Schuppuppen feiern, wollen auch die Muder im gemüthlichen Sachen eine Freude haben. Als Objekt haben sie sich den großen Lemmonier herausgeholt, der selbst in dem ferialen Belgien eines Denkmals für würdig gefunden worden ist. Das „Sächs. Volksblatt“ in Joidau hatte unlängst seinen Roman „Der eiserne Moloch“ abgedruckt. Fräulein sah nach Unrat schmüffelnde Nasen dahinter, um die prächtige künstlerische Form zu zerstören und die trasse feruelle Materie herauszuschälen. Diese brachten sie dann dem Staatsanwalt. Das kann ein interessanter Prozeß werden.

### Genossenschaftsbewegung.

Kapitalismus und Genossenschaft. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die kräftigen wirtschaftlichen Geschehen herangewachsenen Konsumentenorganisationen lebergriffen des profitierenden Kapitalismus entgegenzutreten vermögen. Nüz- lich konnte von dem mit allem Ernst, aber auch mit froher Zu- versicht aufgenommenen Kampf der organisierten Schweizer Konsumenten gegen die anmaßenden Forderungen des Schweizer Schokoladetrusts gemeldet werden. Auch die dani- schen Konsumvereine gingen mit der gleichen Hoffnung auf Erfolg in ihren Kampf gegen den Zementing und gegen das Kohlenyndikat. Die englischen Konsumvereine haben gleich den deutschen Organisationen schon in früheren Jahren Beweise dafür geliefert, daß die starke Organisation sehr wohl in der Lage ist, unter gegebenen Bedingungen den Kampf ein- wandfrei zu bestehen. In England sind die Konsumvereine jetzt wieder in einen Konflikt mit übermächtigen Großkapitalisten hineingetrieben worden. Eine kapitalistische Gesellschaft, die in der Hauptsache patentierte Arzneimittel und Kindernähr- mittel herstellt, hat an die Genossenschaften das Verlangen ge- stellt, keine Dividende an die Käufer der von ihr bezogenen Waren zu zahlen oder, falls dies geschieht, den Betrag der Divi- dende auf den Preis der fraglichen Waren aufzuschlagen. Mit Recht bezeichnen die englischen Genossenschaften diese Forderung als unersöhnlich, denn es bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Durchbrechung des genossenschaftlichen Prinzips, den Mitgliedern die Vorteile des gemeinschaftlichen Betriebes aufstehen zu lassen. Offenbar handelt es sich hier um einen Vorstoß im Interesse des Privathandels, den die Genossenschaften abzu- wehren fest entschlossen sind und leicht abwehren können, wenn sie die Waren von ihrer Großkapitalgesellschaft beziehen, die heute bereits 90 Prozent aller in Betracht kommenden Artikel fabriziert.

Gewiß sind diese Kämpfe bedauerliche Erscheinungen. Aber gewiß scheint auch zu sein, daß die Konsumentenorganisationen im Maß ihres Wachstums immer mehr vor die Aufgabe gestellt werden, die Interessen ihrer Mitglieder im Kampf zu vertreten. Der Konsument wird dann mit Ruhe dem Aus- gange des Kampfes zusehen können und mit Befriedigung über den Erfolg zu quittieren in der Lage sein, wenn er in der Reihe

der Kämpfenden stand. Die Einsicht in die Möglichkeit, ja, viel- leicht Notwendigkeit der Auseinandersetzungen zwischen Kapi- talismus und Genossenschaft mühte auch den letzten Verbraucher in die Organisation treiben.

### Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die sieben erschiene Nr. 8 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Willkommen! Ein Ostergruß an unsere schulentlassenen Freundinnen und Freunde. Von Jürgen Brand. — Aus der Leidensgeschichte der proletari- schen Jugendbewegung. (Schluß.) Von Bernhard Düwell. — Fürstenlegende. Von Richard Weimann. — Zukunft. Gedicht von Martin Drescher. — Mit Pfeil und Bogen. Von Hans von Stüffi. (Mit Abbildungen.) — Ferien und Reisen der Arbeiter- jugend. Von A. Ellinger. — Gerade durch! Von W. Masche. — Des Lehtlings Leidenschronik. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usf.

### Kommunalpolitik.

Wohnungsmangel und Kleinwohnungsnot in Götlich. Die Stadt Götlich leidet in hohem Maße an einer chroni- schen Wohnungsnot. Nach einer vom Magistrat unlängst vorge- nommenen Fählung standen dort nur 0,6 Proz. der Wohnungen leer, während nach normalen Verhältnissen mit 2½ bis 3 Proz. gerechnet wird. Es standen bei 44 936 Wohnungen für rund 85 000 Einwohner mit andern Worten nur 141 Wohnungen leer; selbstverständlich sind das nicht die besten. Die Folge da- von ist, daß die Mieten fortgesetzt steigen. Bei jedem Wohnungs- wechsel kann der Mieter mit einer Mietssteigerung rechnen. Unter diesen Umständen fällt es funderreichen Familien nicht nur besonders schwer, überhaupt eine Wohnung zu erhalten, sondern sie können auch die Wohnungsmiete kaum erschwingen. Ma- gistrat und Stadtverordnetenversammlung haben daher beschlos- sen, den Bau von Kleinwohnungen (Einfamilienhäuser) in eigen- er Regie vorzunehmen. Die ersten 20 Häuschen, für die mit einem kleinen Gärtchen je nach Größe 160-225 M. Miete ge- zahlt werden sollen, werden zum Oktober beziehbar sein. Des weitern hat auch die in Götlich bestehende „Gemeinnützige Bau- genossenschaft“ den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern für mittlere und kleinere Wohnungen in nächster Nähe der Stadt beschlossen. Die Genossenschaft „Arbeiterdruckerei“, in der unter Götlicher Parteiblatt hergestellt wird, hat durch Herab- von Dagebern den läßlichen, wie der „Gemeinnützigen Genossen- schaft“, dem Wohnungsmangel zu steuern, in anerkannter Weise gefördert.

Der Kommunalstreik in Ostringen greift um sich. In den streikenden Gemeinderäten in Ostringen scheinen nun auch noch die Bürgerausschussmitglieder zu kommen. Auf Sams- tag, 4. April, war eine Bürgerausschussführung einberufen wor- den. Von 60 Bürgerausschussmitgliedern erschienen sage und schreibe 16. — Ob es das Richtige ist, wenn die von den Ein- wohnern auf das Rathaus gewählten Vertreter einfach wegblei- ben, um so den Bürgermeister letzten Endes zu zwingen, sein Amt niederzulegen, möchten wir bezweifeln. Warum geht man nicht an die Öffentlichkeit und schildert die Zustände, aus denen hervorgeht, daß das Oberhaupt von Ostringen unfähig ist, sein Amt weiter zu versehen. So, wie die Verhältnisse einmal liegen, kann es doch auf die Dauer nicht weiter gehen. Warum unternimmt die Aufsichtsbehörde keine weiteren Schritte, um Ordnung zu schaffen. Sie sollte doch Kenntnis von diesen un- haltbaren Zuständen haben. Es sollen, wie man hört, 3 Ge- meinderäte schon vorgeladen worden sein. Nemebur muß ge- schaffen werden, entweder auf die eine oder die andere Art. Entweder müssen die Gemeindevorsteher mit den der Aufsichts- behörde zustehenden Mitteln zur Erfüllung ihrer Pflicht ge- zwungen werden oder man reinige, wenn notwendig, das Rat- haus von unfähigen Elementen, wenn solche vorhanden sind. Wenn es dem Kampf gilt gegen die freie Gewerkschaft und die aufwärtsstrebende Arbeiterchaft, da gibt es sofort Einigung in jenen Kreisen, in denen man heute so gut schweigen kann.

Zur Bürgermeisterwahl in Heideberg. Die Kommission schlägt mit Mehrheit Regierungsbaumeister a. D. Drach zur Wahl eines zweiten Bürgermeisters von Heideberg vor. Die Nationalliberalen werden nach Beschluß fassen, aber jedenfalls keinen Gegenkandidaten aufstellen, so daß die Wahl Drachs ge- sichert scheint. Wahltermin ist der 20. April.

Die Einwohnerzahl Mannheims. 24 846 Einwohner hatte die Stadt Mannheim nach den Aufzeichnungen des Stati- stischen Amtes Ende Februar, das ist mehr 816 Personen gegen Ende Januar.

Eine feste Rheinbrücke bei Speyer. Bekanntlich gibt es rechts und links des Rheines Anhänger der Ersetzung der Schiff- brücke bei Speyer durch eine feste Rheinbrücke. Zur Agi- tation für dieses Projekt soll am 17. April, nachmittags 4 Uhr, eine Versammlung in Heideberg im Bürgerausschussaal des Rathauses stattfinden, in der ein Verein zur Förderung der Rheinbrücke bei Speyer gegründet werden soll. Rechtsanwalt Dr. Pöllmer-Speyer wird einen Vortrag über die Bedeutung einer festen Rheinbrücke bei Speyer halten.

Der Deutsche Städtetag zur Abänderung des Hypotheken- rechts. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an die Reichsregierung eine Eingabe wegen Abänderung des Hypotheken- rechts gerichtet, in der folgendes ausgeführt wird:

Die schwierigen Realcreditverhältnisse, die im ganzen Deutschen Reich zur Zeit bestehen, haben an vielen Stellen eine sorgfältige Untersuchung der Ursachen veranlaßt. Diese Untersuchung hat ergeben, daß einzelne Besonderheiten des geltenden Hypothekenrechts die Realcreditnot in fühl- barer Weise verschärfen. Es liegt in der Hand der Gesetzge- bung, hier Abhilfe zu schaffen. Die deutschen Städte haben lebhaftes Interesse an der Abhilfe, weil besonders die städti- schen Hausbesitzer durch die Realcreditnot betroffen werden. Es sind hauptsächlich zwei Gruppen gesetzlicher Vorschriften, deren Abänderung erstrebt wird. Einmal ist der Anspruch der Hypothekengläubiger (der Realgläubiger) auf die Erträge des Grundstückes, die Mietzinsen, nicht hinreichend sicher ge- stellt; in diesem Punkte haben die Gläubiger der ersten und der zweiten Hypothek (Nachhypothek) ein gemeinsames Inter- esse an einer Abänderung des Gesetzes, wenn auch praktisch das Interesse der Zwangsversteigerung das geltende Recht dem Ersteigerer so schwere privatrechtliche und öffentlichrechtliche Lasten auf, daß daran die Möglichkeit, das Grundstück zu er- werben, oft scheitert; hier ist eine Abänderung besonders im Interesse des Nachhypothekars geboten.

Die Eingabe ist eingehend begründet und mit bestimmten Vorschlägen für die Abänderung der Gesetzesbestimmungen ver- sehen. Es wird besonders eine Abänderung der §§ 10 und 57 Zwangsversteigerungsgesetzes, des § 1124 P.O.B. und der Tarif- stelle 11 des Reichsstempelgesetzes beantragt.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe. Dienstag, 14. April. A. 53. „Oberst Chabert“, Musiktragödie in 3 Akten von Walterhausen. Anfang 7, Ende 10 Uhr. Donnerstag, 18. April. C. 51. „Oh, von Verdingen mit der eiserneband“, Schauspiel von Goethe, neue Einrichtung des Karlsruher Hoftheaters. Anfang 7 Uhr Ende gegen 11 Uhr. Freitag, 17. April. B. 53. „Nora“, Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7½ Uhr, Ende 10 Uhr. Samstag, 18. April. C. 50. „Der Liebhaber als Arzt“, musi- kalisches Lustspiel in 2 Akten von Wolf-Ferrari. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr. Hierauf Tanzbilder. Sonntag, 19. April, mittags 2 Uhr. 45. Vorst. a. W. Er- mähliche Preise. „Der Wiberpels“, Komödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 2 Uhr, Ende 4 Uhr. Montag, 20. April. B. 52. „Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von Salabö. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. Dienstag, 20. April. A. 54. Neueinstudiert: „Ein Winter- märchen“, Schauspiel in 5 Akten von Schafpeare, Musik von Engelbert Humperdinck. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. In Baden-Baden: Mittwoch, 15. April. 28. Vorst. auf. Abnon. Zum erstenmale: „Der Liebhaber als Arzt, musikalisches Lustspiel in 2 Akten von E. Wolf-Ferrari. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

**Die Goldschmiedeschule in Pforzheim.** Nach dem Jahresbericht der Goldschmiedeschule Pforzheim betrug im Jahre 1913/14 die Schülerzahl in den drei Pflichtenklassen 264 Schüler in 130 Wochenstunden. Die Anstalt ist hervorgegangen aus der Goldschmiedeschule der Gewerbeschule. Diese Abteilung ist aus der Goldschmiedeschule entstanden, die im Jahre 1880, also vor 34 Jahren, errichtet wurde. Rektor der Anstalt ist Professor Müller, neben dem noch 15 etatmäßige und 8 andere Lehrkräfte wirken.

**Bürgerausschreibung in Rehl.**

1. Rehl, 10. April. Am 8. April fand hier eine Bürgerausschreibung statt, die eine Tagesordnung von 8 Punkten zu erledigen hatte. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Verbesse- rung der 1911er Gemeindevoranschlag lagen verschiedene Be- standungen der Rechnungsprüfungskommission vor, die eine längere Diskussion hervorriefen. Der Bürgermeister wandte sich dagegen, daß in Zukunft außer den Verordnungen auch die Verordnungen erst vom Bürgerausschuß genehmigt werden öffentlich verlesen werden müssen. Er macht vor den Folgen und bittet die Kommission, diesen Punkt zurückzugeben. Kommissionsmitglied Genosse Lüggen stellte hierzu fest, daß die Kommission wegen dieser Angelegenheit überhaupt keine Sitzung abgehalten hätte. Die Akten seien den Mitgliedern nur zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Er werde in Zukunft nichts mehr unterschreiben, wenn ihm vorher nicht Gelegenheit ge- geben wird, die Sache genau zu prüfen. Nach einigen hilflosen Bemerkungen des Vorsitzenden der Kommission, zog dieser den Antrag zur nochmaligen Beratung der Vorlage in der Kom- mission zurück. Die anderen Anträge der Kommission wurden einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2. Verwendung der Ueberschüsse der Kom- missionen wurde vom Bürgerausschuß die formale Ge- nehmigung erteilt. — Als 3. Punkt kam sodann der Vor- anschlag zur Beratung. Derselbe weicht insofern von dem der vorhergehenden Jahre ab, als durch den erhöhten Verwaltungsaufwand die Erhöhung des Umlagefußes von 25 auf 27 Pf. not- wendig wurde. Zur Einleitung gab der Bürgermeister einen Rückblick auf das Finanzgebahren der Stadt seit seinem Amts- antritt und ging sodann die einzelnen Positionen des Vor- anschlags durch. In der dann folgenden Generaldebatte richtete H. M. Keller einige Anfragen über den Vertrag mit dem Gaswerk und dem Gehaltsstarf der städtischen Angestellten an den Bürgermeister. Weiter erwähnte Redner, daß bei der letzten Reichstagswahl von den Liberalen an verschiedenen Stellen der Stadt Klafate angeklebt worden waren, er möchte fragen, ob das nicht durch Polizeiverordnung verboten sei. Schließlich erwähnte er sich noch danach, ob vom Gemeinderat schon eine Bestimmung getroffen worden sei, wie die 1000 Mk., die für einen noch zu bestimmenden sozialen Zweck in den Voranschlag eingelegt worden seien, verwendet werden sollen. — H. M. Genosse Lüggen ist mit der Geländepolitik des Bürger- meisters im allgemeinen einverstanden. Im Gegensatz zu Herrn Keller möchte er die Frage so stellen: Wo sind die 2000 Mk. ge- blieben, die im vorjährigen Voranschlag zu einem noch zu be- stimmenden sozialen Zweck in den Voranschlag eingelegt wurden; sozial er gehört habe, sind die 2000 Mk. wohl ausgegeben wor- den, aber nicht zur Anschaffung von Vermitteln für bedürftige Kinder wie es der Bürgermeister versprochen hatte. Auch läßt die Unterführung der Kinder durch den Schulweg noch manches zu wünschen übrig. Die Einrichtung der Va- canzial in der neuen Schule sollte beschleunigt werden, damit sie bald zur Benutzung übergeben werden kann. Im Armenwesen liege noch manches im Argen. Von dem längst verprochenen Gewerbegericht habe man nichts wieder gehört; ob es kommen wird, wird wohl von dem kommenden Bürgermeister abhängen. Im vorigen Jahr hat der Bürger- meister versprochen, daß die Löhne der städtischen Ar- beiter aufgebessert werden sollen; in dem Voranschlag finde aber wieder der gleiche Betrag wie im Vorjahre. Der Gehalt des Stadtbauamtsmeisters ist mit dem besten Willen nicht im Voranschlag zu finden, ebenso ist über Einnahmen und Aus- gaben der Kommissionen im Voranschlag nichts enthalten. — H. M. Vogt sagt, daß das Gas immer schlechter würde und bittet, wenn möglich, Abhilfe zu schaffen. In der gering- sam bekannnten, vielversprechenden Art ging nun der Bürger- meister auf die einzelnen Punkte der Kritik und speziell auf die Ausführungen des Genossen Lüggen ein. Wenn manches, besonders auf sozialem Gebiet, nicht geschehen sei, was er ver- sprechen habe, so sei das nicht seine, sondern die Schuld anderer großer Sozialpolitiker, „drunken in Karlsruhe“ und anderswo, die ihm eben keinen Rat geben konnten, und er hat nicht gewußt, wie es am besten zu machen sei.

Nach ein Wort über unsern scheidenden Bürgermeister möge hier eingeschaltet werden. Nach all dem, was Bürgermeister Dietrich während seiner Amtszeit in Rehl verprochen und nicht gehalten hat, darf er sich nicht wundern, wenn die Vertre- ter der Rehler Arbeiter auf dem Rathaus nur ein unglück- liches Lächeln für seine Entschuldigungen übrig haben. Viel besser hat uns der Bürgermeister gefallen, als er gelegentlich der Beratung unseres Antrages auf Vermittelfreiheit (Bürger- ausschreibung vom 20. Dezember 1912) sagte, wenn man un- sere Forderungen alle erfüllen würde, würde es endlich soweit kommen, daß die Kinder der breiten Masse noch angesogen, ge- füttert und in die Schule geführt werden müßten. Mit diesen Worten brachte der Herr Bürgermeister wenigstens offen und ehrlich zum Ausdruck, wie er über die sozialen Bestrebungen der Arbeiter denkt. Die ganze Politik des Herrn Bürgermeisters ging darauf hinaus, sich in der Öffentlichkeit auf sozialem Ge- biet einen guten Namen zu verschaffen, und dann aber hinter

den verschlossenen Türen des Gemeinderats das gerade Gegen- teil von dem zu tun, was er in der Öffentlichkeit selbst ange- regelt hat. So machte uns der Bürgermeister in der Bürger- ausschreibung vom 14. Mai ds. Js. den Vorwurf, wir würden ihn in Bezug auf Erbauung von Arbeiter-Wohnhäusern nicht genügend unterstützen. Dagegen sagte er in einer der letzten Gemeinderatsitzungen, daß er nach dieser Richtung hin bisher ge- bremst habe, weil er befürchte, daß sich die minder gutsituierten Arbeiter von Sträßburg herüber ziehen könnten und somit Rehl zum reinen Arbeiterdorf würde. Er empfahl auch dem Gemeinderat, in diesem Sinne weiter zu arbeiten. Wer sich einmal erlaubt, diese Widersprüche festzustellen, wird in einer Weise abgefertigt, die jede Diskussion ausschließt.

Diese zweifelhafte und oft selbstherrliche Haltung zeigte sich auch gleich wieder in der nun folgenden Spezialberatung. H. M. Genosse Kummel sprach die Hoffnung aus, daß die in dem Voranschlag eingeleiteten 1000 Mk. auch zur Anschaffung von Vermitteln verwendet werden sollten. Wenn der gute Wille seitens des Bürgermeisters vorhanden ist, werden sich auch die geeigneten Wege finden lassen. Herr Dietrich erklärte kurz und bündig, daß er es ablehne, mit dem Gemeinderat Kummel über seine (des Bürgermeisters) sozialpolitischen Kenntnisse zu dis- kutieren (1). — Bei Titel „Gewerbe, Kunst und Wissenschaft“ regt H. M. Genosse Fassendorf an, daß zu der bereits bestehenden Volksbibliothek auch eine Lesehalle errichtet werden soll. Der Herr Bürgermeister sagte, daß er das schon längst im Auge habe. (Selbstverständlich D. W.) — Zu Titel „Feste und Feierlichkeiten“ erklärte H. M. Genosse Lüggen, daß er gehört habe, daß diese Summe zum größten Teil dazu diene, den einzelnen Vereinen die Defizite ihrer Festlichkeiten zu decken, er stellte namens unserer Fraktion den Antrag, diesen Titel zu streichen. Es schloß sich an diese Ausführungen eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, bei der sich herausstellte, daß der Herr Bürgermeister selbst die Geschäftsordnung nicht kennt. Der Antrag wurde zunächst zurückgestellt, bis ein Schumann die Geschäftsordnung herbeigeht. Der Antrag wurde dann gegen unsere Stimmen abgelehnt. — Schließlich wurde der Vor- anschlag im ganzen einstimmig angenommen.

Nachdem die Tagesordnung erledigt war, stellte der Vor- sitzende der Kommission zur Wahl eines neuen Bürgermeisters, Gemeinderat S. Schmidt, den bisher aussichtsreichsten Be- werber um den Posten Bürgermeisters Herrn Finanz- amtmann Dr. Weiß aus Mannheim vor. Aus der kurzen Ansprache, die dieser an den Bürgerausschuß richtete, konnte man entnehmen, daß er über die Rehler Verhältnisse bereits gut in- formiert wurde, aber auf kommunalpolitischem Gebiet nicht sehr zuhause zu sein scheint. Die Sitzung wurde dann einfach ge- schlossen, ohne daß der Bürgerausschuß Gelegenheit hatte, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Wahl soll bereits am 14. April stattfinden.

**Aus dem Lande.**

**Durlach.**

**Verkauf von Straßenbahnkarten.** Herr Hugo Bapfel, Wirt hier, Großingstraße 21, nahe der Endhaltestelle der Straßenbahn, ist eine zweite Verkaufsstelle für Wert- zeichen aller Art der Stadt Straßenbahn übertragen.

**Von der Mädchenbürgerschule.** Aus dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht der hiesigen Mädchenbürgerschule pro 1913-14 entnehmen wir, daß diese Anstalt dauernd von insgesamt 236 Schülerinnen besucht war, wovon 14 deren Wohn- stitz nicht in Durlach hatten. Die Schule umfaßt neun Klassen, die Klassenfrequenz schwankt zwischen 36 (1. Klasse) und 6 (9. Klasse). Einschließlich des Herrn Direktors Ernst, der wöchent- lich 9 Stunden Sprachunterricht erteilt, und der Handarbeits- lehrerin waren 9 Lehrkräfte tätig. Wie wir aus dem Bericht erfahren, sind die 3 Vor- und Nachmittagsklassen in dem organisati- onellen Aufbau der Anstalt fest eingegliedert. Ob und inwiefern dies mit dem Programm, das Herr Rektor Ernst bei seinem Am- tsantritt aufstellte, im Einklang steht, ist uns nicht recht klar. Der Herr Rektor bezeichnete damals die Vor- schule nur als provisorischen Nothelfer. Er wolle, sobald genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die Vor- schule von unten herauf erweitern, dadurch würden die Vor- schulen überflüssig.

**Gewerbe- und Handelschule.** Wie aus dem Jahresbericht 1913/14 hervorgeht, hat sich die Anstalt auch im abgelaufenen Schuljahr gut weiterentwickelt. Die Schülerzahl der Gewerbe- schule ist von 293 in 1913 auf 388 in 1914 gestiegen, in der Han- delsschule waren 1913 62 und 1914 63 Schüler. An der Gewerbe- schule waren 5 Lehrkräfte, an der Handelsschule 1 Lehrkraft tätig. Fachunterricht wird bis jetzt nur für Treib- und Kunst- schmiedearbeiten erteilt.

**Bruchsal.**

**Bürgerausschreibung.** Einen Längereford erzielte das Bruchsaler Stadtparlament am letzten Montag. Während die vorletzte Sitzung bis abend halb 10 Uhr dauerte, erreichte die diesmalige ihr Ende um 10 Uhr, mit einer kurzen Unterbrechung von einer halbtündigen Vesperpause. Auf allen Seiten des Hauses waren Läden vorhanden, die Kränzchen ergab die An- wesenheit von 74 Vertretern. Als 1. Punkt stand auf der Tages- ordnung der Erweiterungsbau der Realschule. D. W. Dr. Meis- ter begründete die Vorlage, worauf die Vertreter der ver- schiedenen Parteien ihre Zustimmung erklärten, trotzdem eine gründ- liche Prüfung nicht mehr möglich war. Unser Redner bedauerte ebenfalls, daß eine gründliche Prüfung unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich gewesen wäre, daß wir aber, um nicht um die Oberrealschule zu kommen, für die Vorlage stimmen

werden. Weiter wurde von unserem Redner noch darauf hin- gewiesen, daß man die Turnhalle dementsprechend einrichten solle, daß man sie auch zur Abhaltung von wissenschaftlichen Ver- treten verwenden könne, aber auch dem Arbeiterverein möge man einen alten Wunsch erfüllen und ihm eine Turnhalle zu seinen Übungen überlassen. Das Projekt, das einen Kosten- aufwand von 230 000 Mk. verursacht, wurde sodann einstimmig angenommen. — Der 2. Punkt betraf Verwendung von 37 500 Mk., die bereits ihre Bestimmung erhalten haben, während ein Restbetrag von 26 282,50 Mk. binnen Jahresfrist gemeinschaft- lich Verwendung finden soll. Von unserer Seite wurde die An- regung gegeben, dem Vorbilde anderer Städte zu folgen und einen Betrag für Ferienkolonien sowie für Arbeiter- losenunterstützung einzustellen.

Es folgte nunmehr die Voranschlagsberatung. Das abge- laufene Rechnungsjahr war ein ungünstiges. Die Umlage muß, um einen finanziellen Ausgleich herbeizuführen, um 2 Pf. erhöht werden. Bisher waren es 32 Pf., 1914 34 Pf. In der Generaldiskussion beteiligte sich andererseits Gen. Grottel. Derselbe brachte verschiedene Wünsche vor, so u. a., daß der Stadtrat eine Vergütung gewährt werde, nicht daß sie eine ihre Ämter dazu bemühen, sich geschäftliche Vorteile zu verschaffen; es wäre an der Zeit, ähnlich wie anderwärts, daß bei Ausführung städtischer Arbeiten auscheiden. Bei An- gabe von Arbeiten sollte man solche Arbeitgeber berück- sichtigen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter respektieren und Tarife mit denselben abgeschlossen haben. Weiter kommt Redner auf die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern durch die Stadt zu sprechen und empfiehlt das Vorgehen anderer Kommunen, desgleichen wäre es zu begrüßen, wenn man dem Vorbilde anderer Städte folgte und sogenannte „Schreber- gärten“ errichte. Die städtischen Wohnungen sollten öffentlich vergeben werden, jedoch solle man städtische Beamte und Arbeiter berücksichtigen. Die Errichtung weiterer Ver- einanstalten wäre sehr von Nutzen, da die bestehenden nicht ausreichen. Die Ueberführung der Leiden nach der Seiten- halle solle endlich einmal obligatorisch durchgeführt werden. Redner fragt des weitern noch an, mit dem die Unternehmungen zwecks Verjüngung mit elektrischer Kraft ge- troffen werden, worauf ihm der Oberbürgermeister Auskunft erteilte, daß die Verhandlungen mit der Ober- rheinischen Schudertgesellschaft geführt werden. Die übrigen Wünsche wurden gestrichelt.

Bei der Einzelberatung wurde von unserer Seite ver- ständlich Kritik geübt und Anregungen gegeben. Es wurde zu- nächst kritisiert, daß die Aufwendungen für städt. Wohnungen sehr hohe sind und in keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Die Materialbeiträge der Teilnehmer am Handwerks- unterricht wurden einer Kritik unterzogen und das Verbal- ten als unzulässig gekennzeichnet. Die Turnhalle möchte man auch dem Arbeiterverein zur Verfügung überlassen. Dies wäre um so eher möglich, indem wir nun eine zweite Turnhalle an der Oberrealschule errichten. Bei den Schulbedürfnissen für arme Kinder wurde unsererseits betont, daß man von dieser Ein- richtung einmal Abstand nehmen möchte und die Lernmittel allen Schülern und Schülerinnen der Volksschule unentgeltlich verabreichen möchte. Oberbürgermeister Dr. Meißter erklärte demgegenüber, daß diejenigen, die heute bereits Lehrmittel er- halten, nicht immer solide damit umgehen und oft zweimalige Erneuerungen im Jahre vorgenommen werden müßten; man möchte in unseren Kreisen darauf hinweisen, daß dieses vermeint- liche werde. Es wurde dies auch unsererseits zugefugt, mit dem Hinweis, daß man nicht immer die Eltern dafür verantwortlich machen könne, daß es oft genug an den wirtschaftlichen Verhält- nissen liege, wenn Eltern ihre Kinder nicht genügend besuch- tigen können. Wenn Mann und Frau den ganzen Tag bei der Arbeit sind, bleibt für Aufsicht und Erziehung der Kinder nicht mehr viel übrig. Außerdem wurde von unserer Seite noch kriti- siert, weil man den Schulfiskus 15 Pf. abknüpft zur Be- freiung der Kosten für ein Zeugnisbuchlein. Zum Beitrag an den Musikverein zur Abhaltung von Volkskonzerten wurde von unserer Seite betont, daß man darauf hinwirken möchte, daß das Einvernehmen zwischen Musikverein und Stadthalle auf das frühere Verhältnis gebracht werden möchte. Für Ehren- zeichen an Arbeiter sollte man ein Geldzeichen einführen, mit dem sich die Arbeiter wenigstens etwas kaufen könnten. Zum Titel Oberbürgermeister wurde dessen Beteiligung an der Wahl zur Ortsratsversammlung gerügt, daß man dieses nicht mehr als über den Parteien stehend bezeichnen könne. Auch den Beitrag an den Jungdeutschenklub Baden konnte man sehr wohl streichen, es gäbe wichtigeres zu erfüllen. Weitere billige Tage im städt. Schwimmbad wurden von unserer Seite ebenfalls verlangt. Zum Titel Gaswerk wurde an der Entlassung eines Installateurs Kritik geübt, denn man aus Thüringen kommen ließ und Lebens- stellung in Aussicht stellte, weiter, daß man die Geschäfte der Hausbesitzer besorge dadurch, daß man denselben vorher Mitteil- ung zugehen lasse über die Entlassung von Arbeitern, eher nur die Arbeiter davon etwas wissen. Vom Gasdirektor wurde die Entlassung damit motiviert, daß der Installateur nicht den ge- stellten Aufgaben gemäßen gewesen wäre, was aber von un- sere und fortschrittlicher Seite treffend zurückgewiesen wurde. Der Voranschlag wurde einstimmig angenommen und um 10 Uhr konnte die Sitzung geschlossen werden.

**Baden-Baden.**

**Hypothekensicherungs-Gesellschaft.** Der Grund- und Käuferbesitzerverein hat dem Stadtrat für eine Hypothekensiche- rungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung einen Entwurf vorgelegt. Dieser wird von einer Sonderkommission geprüft werden.

**Offenburg.**

**Bildungskursus.** Der 6. Vortrag über die Geschichte des Sozialismus war sehr besucht. Gen. Trinz's behandelte die englische Chartistenbewegung. Es war dies die Form der Auflehnung der englischen Arbeiterklasse gegen die Mächte, die sich aus der Entwicklung der Großindustrie für sie ergab. Freilich war die Wahl der Mittel zur Erreichung besserer Ver- hältnisse zum Teil noch falsch, so z. B. die Beförderung der Maschinen usw. Immerhin zeigt auch diese gewaltige Bewegung das Streben der Arbeiterklasse nach Befreiung aus dem Joch des Kapitals. Durch die Marx'sche Lehre wurden dann weiter die Forderungen und Ziele der Arbeiter schärfer und klarer präzisierter. Nur durch diese kann die Befreiung der Arbeiter- klasse erfolgen. Lebhafter Weisfall folgte den interessanten Aus- führungen. Der auf Freitag vormittag angelegte Vortrag mußte wegen schwachem Besuch verschoben werden, er wird in einer der nächsten Parteiverfassungen abgehalten werden. Das herrliche Wetter war wohl Schuld an dem schlechten Besuch. Viele gingen hinaus in die freie Natur zur Erholung.

**Der Arb.-Mitarbeiterverein „Solidarität“** hielt am Oster- sonntag seinen Gantag für den 23. Gau in Offenburg im „Bä- wäcker Hof“ ab. Zahlreich waren die Delegierten aus Konstanz, Lörrach, Mühlhausen, Kolmar, Freiburg, Löhr, Sträßburg und vielen anderen Orten erschienen. Die Beratungen dauerten von morgens 10 Uhr bis abends 6 Uhr und waren sehr lebhaft, interessant und belehrend. Den neuesten überdachten Bedürfnis- sen der freien Arbeitervereine will man durch geänderte sta- tutarische Bestimmungen entgegenreten. Es zeigt sich schon, wie bei der freien Turnerschaft, daß die Verbindungen ein- großes, erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl zur Folge

**Theater und Musik.**

**Konzert der „Liederhalle“.**

**„Der Messias“.**

Am Karfreitag, für den jede weltliche Veranstaltung unterjagt bleibt, trat der Chor der hiesigen „Liederhalle“ (durch Frauenstimmen zu einem gemischten Chor erweitert) mit einer glänzenden Wiedergabe des Gänzlich Oratoriums „Der Messias“ im großen Festsaal vor die Öffentlichkeit. Um zunächst unsern Lesern dieses Werk (wir lassen uns selbstver- ständlich hierbei nur von den rein künstlerischen Mo- tiven leiten), in seiner musikalischen Bedeutung näher bringen zu können, wollen wir hier einige Stellen aus dem der Aufführung vorausgeschickten Erläuterungsaufsatz zum Abdruck bringen.

Für ein Wohlthatigkeitskonzert, das am 13. April 1742 in Ze- lands Hauptstadt stattfand, hatte Händel „etwas von seiner besten Musik“ zugefugt. Er kam selbst nach Dublin und unter seiner persönlichen Leitung wurde das versprochene neue Werk zum erstenmal aufgeführt: „Der Messias“! Im März des fol- genden Jahres fand dann in London, der zweiten Heimat des 1685 zu Halle a. S. geborenen Meisters, eine weitere Auffüh- rung statt. Uebermäßig lauteten die Zuhörer der gewaltigen Musik. Bei dem großen „Halleluja“ erhob sich in größter Er- griffenheit die ganze Zuhörerschaft und seitdem ist es in England Sitte geblieben, das „Halleluja“ stehend anzuhören.

\*) Georg Händel, geb. 23. Februar 1685 zu Halle a. S., gest. 14. April 1769 in London.

Und die Mittel, mit denen Händel diese unbeschreibliche Wir- kung erzielt? Vergessen sucht man nach „interessanten“ harmo- nischen Experimenten. Es wird schwerlich einen zweiten Chor geben, der in dieser Beziehung so unglaublich einfach ist. Ebenso beispiellos einfach ist der Aufbau in rhythmischer und thematischer Beziehung. Aber eben diese Einfachheit, diese nur dem echten Genie vorbehaltene ursprüngliche musikalische Erfindung und Empfindung ohne Reflexion ist es, die unmittelbar und gewaltig zur Seele des Volkes spricht und die wir bei Duzenden mo- derner Werke, deren Autoren mit heißem Bemühen „interessant“ und „tief“ sein wollen, vergeblich suchen. — Mozart hat, auf Götterns Veranlassung, eine Bearbeitung des instrumentalen Teiles vorgenommen. Diese hat den Zweck, das Orchester zu ver- stärken und dadurch dem Werke eine größere Fülle zu geben. Sodann sollen aber durch das Hinzutreten anderer Instrumente charakteristische Farben aufgetragen werden. Zwei Beispiele mögen dies erläutern. Bei Händel kommen keine Posaunen vor. Zweimal sagt Mozart einen dreistimmigen Posaunenchor hinzu, gleich am Anfang der Ouvertüre. Die Posaunen geben damit dem ganzen Werke den feierlichen Grundton. Und erst wieder am Schluß treten die Posaunen dazu in den Chor: „Wie durch einen der Tod“ — und wirken hier erschütternd ernst. Das zweite Beispiel ist die liebliche Dornenmusik (Sinfonie pas- torale) im 1. Teil, von Händel nur für Streichinstrumente ge- schrieben und mit der Bezeichnung „Pif“ versehen. Pifaro (Piffero) ist die italienische Bezeichnung für „Schalmel“ (Hir- tensfife). Mozart fügte den Streichern die Holzbläser hinzu, wobei die Fikolofide piano besonders charakteristisch wirkt. Soweit die sachliche Einführung in das Werk. Ueber die Wirkung und Wiedergabe desselben durch den „Liederhalle- chor“ werden wir in nächster Nummer eingehen berichten.





# Städtisches Vierordtbad.

## Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 bis 4 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abends von 6 bis 11/8 Uhr zu ermäßigtem Preis.  
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 1/2-5-8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8-12 Uhr. Auch über Mittag geöffnet.

# Butter

Allerfeinste, mehrfach prämierte **Molkerei-Süßrahm-Tafelbutter** empfiehlt und versendet täglich frisch zum billigsten Tagespreis 175

**Gotthilf Lieb, Karlsruhe,**  
Kapellenstrasse 74, Telefon 1926,  
Größtes Butter-Spezialgeschäft am Platze.

Hauptniederlagen und Detail-Verkauf:  
Waldhornstr., Ecke Kaiserstr. — Kurvenstr. 15.  
Telephon 2563. Tel. 2349.

# Allgäuer Schweizer-Käse

1/4 Pfd. 25 Pfg., 1 Pfd. 95 Pfg., bei 5 Pfd. 90 Pfg. pro Pfund empfiehlt  
**Allois Zanetti, Kaiserstr. 64**  
Telephon 2107  
Butter, Käse Engros und Detail.

## Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 3.-5. April: Wilhelm, R. Wilhelm Rudolf Müller, Mechaniker. Roman Ehrlich, Feder. Vater Georg Haus Theodor Mulder, Kaufmann. Walter Wilhelm, Vater Ludwig Hubberger, Vater Marika Clara, V. Ostf. Derzog, Maschinenarbeiter. Otto, V. Otto Schwedes, Fabrikarbeiter. Berta Frieda, V. Gottlob Friedrich Sommer, Hilfsarbeiter. Wilhelm Philipp, Vater Georg Bell, Stadtmusikant.  
Eheschließungen vom 4.-11. April: Richard Moritz Lindner, Schlosser von Altenburg, Herzogtum Sachsen-Altenburg und Magdalena Häfner von Göttingen, Amt Durlach. Robert Siegrist, Bankbeamter von Göttingen und Karoline Wagner von Zusmarshausen, Bezirksamt Augsburg (Bayern). Kurt Kirmse, Schlosser von Altenburg, Herzogtum Sachsen-Altenburg und Elise Rittershofer von hier. August Christof Meier, Banndir von hier und Frieda Katharina Vater von Intermitzelsbach, Amt Durlach. Johann Friedrich Schaffner, Eisenreher und Johanna Verla Haas, beide von hier. Hermann Köhler, Eisenreher von Karlsruhe und Maria Bräuer von Aue, Amt Durlach. Otto Wilhelm Leonhard Hella, Eisenreher von hier und Justine Morlok von Leopoldsdorf, Amt Karlsruhe. Christian Ludwig Palagrat, Metzschleifer und Karoline Frieda Jordaner, beide von hier.  
Todesfälle vom 4. April: Robert, Vater Johann Jakob Ehrmann, Fabrikarbeiter, 27 1/2 Jahre alt.

# Herren- und Damen-Kleider

reinst und färbt billig  
**Färberei Firnrohr,**  
Kaiserstraße 28. 256

## Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen, Schuhe, Leberzieher v. 4 M an, Hüter u. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkauf-Geschäft von  
**Arnold Schap,**  
Jähringerstraße Nr. 33.

## F. Waldvogel,

Durlacherstraße 55,  
guterhalt. Herren u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weiszeug usw. zu Ausnahmepreisen verkauft.  
7899

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gebettete Rollen) besorgt billig  
6610 Karl Muffinger,  
Leffingstr. 8a. Telefon 3565.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 7. April: Otto Lemke von Odenheim, Fabrikarbeiter hier, mit Frieda Elisabeth von Hochhausen, Adolf Eberhardt von hier, Wagenführer hier, mit Luise Küfner von Aue.

## Billig zu verkaufen:

Rohhaarmatratze, dreiteilig, wie neu, 35 M. Sofa, neu bez., 20 M. Bettstelle, Rost, Polster 14 M. beagl. 11 M.  
Schloßplatz 8, Hof.

## Altmetalle

Rumpfen, Flaschen, Schuhe u. Kleider, Keller- u. Speicher-Kram läuft stets zu hohen Preisen  
**Karl Kreis jr.**  
Angartenstr. 27, 2. Stg. 8. St. 81 früher Angartenstr. 81.

Schuhreparaturen werden billig in sauberster Ausführung u. bestem Material ausgef. Kleb. Betrieb.  
S. Böbel, Körnerstr. 22. 7881

Herren und Damen erhalten vorzüglichen  
8249  
guterhalt. Herren u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weiszeug usw. zu Ausnahmepreisen verkauft.  
7899

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gebettete Rollen) besorgt billig  
6610 Karl Muffinger,  
Leffingstr. 8a. Telefon 3565.

## Druckfachen fertigt an

Buchdruckerei Volkstreuend.

# Sommer-Fahrplan

Gültig vom 10. April ab — bis mit 30. September 1914.

der Städtischen  
Strassenbahn Karlsruhe.

Linie 1		Linie 2 a)		Linie 3 a)		Linie 4		Linie 5 a)		Linie 6 a)		Linie 7 a)		Linie 8	
Durlach — Rheinhafen		Schlachthof — Mühlburg		Friedhof — Hauptbahnhof		Friedhof — Hebertheim		Krankenhaus (Süsst.) — Hauptbahnhof		Kühler-Krug — Hauptbahnhof		Kühler-Krug — Hauptbahnhof		Krankenhaus (Süsst.) — Hauptbahnhof	
ab	an	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an	ab	an
10:00	10:15	10:00	10:15	10:00	10:15	10:00	10:15	10:00	10:15	10:00	10:15	10:00	10:15	10:00	10:15

(Fortsetzung siehe Seite 6.)



# Spiegel & Wels

Größtes Spezial-Haus der Residenz für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung, fertig u. nach Maß.

In besonders großer Auswahl, in 29 verschiedenen Herren-Größen, fertig am Lager vorrätig.

### Herren-Sacco-Anzüge

Mk. 23 28 33 38 43 48 bis 95

### Herren-Paletots und Ulster

Mk. 23 28 33 38 43 48 bis 90

### Sport-Anzüge

Mk. 18 23 28 33

### Loden-Mäntel

38 43 48

### Pelerinen

Herren-Hosen

Fantasie-Westen

Rucksäcke

Gamaschen.

**Sängerbund Vorwärts**  
18 90  
**Karlsruhe**  
Sonntag, den 19. April, nachmittags 4 Uhr,  
im „Röhlen Krug“:  
**Familien-Unterhaltung**  
mit  
Musik, Gesangsvorträgen u. Theateraufführungen.  
Nach Schluß  
des Programms **Tanz.**  
Eintritt für Mitglieder und Angehörige frei.  
Nichtmitglieder Eintritt 20 Pfennig.  
Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder  
nebst Angehörige, sowie Freunde und Gönner des  
Vereins zu zahlreichem Besuch freundlichst ein.  
Der Vorstand.

### Bekanntmachung.

Wir geben bekannt, daß vom Dienstag, den 14. d. M. ab an der Endstation Durlach-Zurmbach bei Herrn Hugo Jaspel eine zweite Verkaufsstelle für Durlach und Umgegend für sämtliche Arten von Abonnements eröffnet ist.  
Karlsruhe, den 11. April 1914.

Städtisches Straßenbahnamt.

### Staatsbrauerei Rothaus

empfiehlt ihr helles und dunkles Bier.

### Ausschank:

Wirtschaft Deutscher Hof in Karlsruhe  
Bahnhofwirtschaft „ „  
Kaiser-Automat „ „

### Bier-Niederlage (Fr. Völker)

Kreuzstr. 11a in Karlsruhe (Teleph. 3213).

Verkauf in 174

Fässern, Siphons, grossen und kleinen Flaschen.

### Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Sommer-Semester 1914.

- Rechtswissenschaft:** Deutsches Bürgerliches Recht, II. Teil. (Schuldverhältnisse und Sachenrecht).  
Dozent: Herr Oberlandesgerichtsrat Rainard, Karlsruhe.  
Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 24. April.
  - Volkswirtschaftslehre:** Die agrarpolitischen Tagesfragen und ihre Grundlagen.  
Dozent: Herr Geh. Hofrat Dr. von Zwiabed-Südenhorst, Professor an der Techn. Hochschule Karlsruhe.  
Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 28. April.
  - Steuerlehre.**  
Dozent: Herr Ministerialrat Zimmermann vom Großh. Finanzministerium Karlsruhe.  
Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 22. April.
  - Geschichte:** Geschichte des deutschen Einheitsgedankens und seine Erfüllung.  
Dozent: Herr Geh. Hofrat Dr. Häupner, Direktor des Großh. Gymnasiums Karlsruhe.  
Jeden Montag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn: 27. April.
- Zum Besuch der Vorlesungen sind alle Kaufleute — auch Frauen — berechtigt, die das 17. Lebensjahr vollendet haben; eine entsprechende Vorbildung wird vorausgesetzt.  
Ferner sind zum Besuch zugelassen: Lehrer, Beamte wirtschaftlicher Betriebe des Reiches, des Staates und der Stadt.  
Ueber Zulassung anderer Personen entscheidet auf schriftlichem Antrag das Kuratorium.  
Die Besuchsgebühren betragen für das Sommersemester:  
Prinzipale, Direktoren, Prokuristen sowie für Angestellte: M 11.—  
Nichtangestellte: M 5.—  
2. für einen Semesterkurs M 3.— M 5.—  
Anmeldungen gegen Vorausbezahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen: A. Viefelsfelds Hofbuchhandlung, Wilhelm Jahraus, C. Kuntz, J. Link's Buchhandlung, Bruno Lange.  
Karlsruhe, April 1914.

**Das Kuratorium.**

### Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

Jähringerstraße 100. — Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

- |                           |                                |
|---------------------------|--------------------------------|
| 2 Gärtner                 | 6 Gärtner                      |
| 2 Polsterer und Tapeziere | 5 Polsterer und Tapeziere      |
| 6 Schneider               | 3 Sattler                      |
| 15 Schuhmacher            | 20 Schneider                   |
| 3 Friseur                 | 15 Schuhmacher                 |
| 30 Maler und Anstreicher  | 6 Friseur                      |
| 3 Wagner                  | 20 Maler und Anstreicher       |
| 2 Zimmerer                | 3 Schornsteinfeger             |
| 120 Maurer                | 4 Schmiede (Huf und Wagen)     |
|                           | 3 Wagner                       |
|                           | 1 Siebmacher                   |
|                           | 1 Säger (Hohgang)              |
|                           | 3 Säger (Rollgatter)           |
|                           | 3 Möbelschreiner               |
|                           | 1 Drechsler (Holz)             |
|                           | 3 jg. Köcher (Holz und Keller) |
|                           | 25 Maurer                      |

### Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren,  
Zahnziehen.

### 30 Maurer

werden sofort eingestellt.

**Baugeschäft Emil Artmann**  
Baustelle Karlsruhe-Beierthelm  
Karolinen- und Cäcilienstraße.

### Friedrichsbad Kaiserstraße Nr. 136.

Jeden Dienstag von 8 bis 9 1/2 Uhr

### Damen-Schwimm-Abend

zu ermäßigten Preisen

143 : : (Schwimm-Unterricht). : :

8 bis 10

### tüchtige Maurer

werden sofort gesucht 316

Schulhaus-Neubau Durlach.  
H. Krieger.

### Schuhmacher gesucht

für neue Arbeit. Stellung dauernd

**Fr. Baier**

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Pfandleihkasse.

### Zur Saat

empfehle 185

Saatkartoffeln

frühe u. späte Sorten

Kleesaat

Esparsette

Saatersfen

Saatwicken

Saatgerste

Saathafser

jämtliche

Gartenfämereien

Düngemittel

jeglicher Art

zu billigsten

Preisen

**Luger**

und Filialen.

### Sie sparen Geld

wenn Sie

Sachenkleider, Röcke,

Blusen, Mäntel u.

**Wilhelmstr. 34** eine

Laufen. — Keine Ladenbesen.

### Diwans

Große Auswahl in neuen

Blüschdiwans von 35 u. 40 Mk.

an, hoch mod. Dessins v. 55 Mk.

an (keine Parilmare). Polster-

möbelhaus Köhler, Schützen-

straße 25.

Bachstr. 77, 2. St. r., ist ein

möbl. Zimmer auf sofort

zu vermieten.

Die  
freien  
alle  
der  
als  
fort  
jet  
M  
jeh  
ung  
get  
nicht  
mehr  
Ver  
dad  
dem  
ind  
nich  
wer  
Bew  
mit  
zu  
läs  
dril  
Das  
Gew  
dab  
solle  
Best  
in  
glic  
„De  
Re p  
r u n  
deme  
fen  
men  
Arb  
rend  
sie  
föhr  
ken  
St  
Dabe  
staub  
wirtsch  
fin n  
u  
vors  
die  
preu  
ie  
verla  
ihnen  
n  
und  
jeder  
dürfen  
n  
dazu  
ang  
feine  
Ar  
Regim  
„unpol  
für  
politi  
seinen  
Es  
organ  
und  
solch  
verfä  
wenn  
polit  
ihren  
dann  
für  
den  
len,  
ob  
Alle  
dann  
die  
werden  
in  
verfä  
Organ  
arrang  
Es  
Haut  
geblat  
Jugend  
ieren“  
sich  
an  
mal  
ein  
— das  
ins  
nicht  
gan  
So  
liegt,  
jo  
der  
einen  
wenn  
es  
der  
and  
Gebe  
als  
sch  
gera  
die  
Schw  
ausg  
hand  
ment,  
da  
spielt,  
als  
Abfch  
erfreul